

Digitale Datensammler in unseren Wohnungen? Nicht ohne unsere Zustimmung

Wir demonstrieren heute vor der jährlichen Vertreter*innenversammlung unserer Genossenschaft **für** Mitsprache beim Einbau datensensibler Technik in unsere Wohnungen und **für** gelebte genossenschaftliche Demokratie.

Konkreter Anlass unseres Protests: Die schlechte Informationspolitik der Altoba im Rahmen des Einbaus intelligenter Funkrauchmelder, verbunden mit der Weigerung zahlreiche Fragen und Bedenken der Bewohner*innen über die Gefahren der Digitalisierung ernst zu nehmen.

Das Brunata-Metrona „Funksystem Star“ ist der erste Schritt der Digitalisierung unseres Wohnraums: Heizkostenverteiler und Funkrauchmelder, letztere überwachen mit zusätzlichen Sensoren ihre Umgebung, übertragen u.a. personenbezogene Daten per Funk an eine Zentrale zur Auswertung. Die computerisierten Geräte sind über eine optische Schnittstelle per Fernbedienung einstellbar.

Digitale Stromzähler, die zu smarten Zählern umgerüstet werden können, sind im Rahmen der Energiewende der nächste Schritt. Sie speichern Verbrauchsdaten im 15-Minuten-Takt und liefern somit Verhaltensprofile. Datenschützer*innen äußern sich besorgt über diese Entwicklung.

Viele Bewohner*innen lehnen aktuell die Funkrauchmelder wegen Datenschutzbedenken ab und sind erstaunt und verärgert über die Informationspolitik der Altoba, die unzureichend oder gar nicht über den Einbau der neuen Technik informiert hat.

Sowohl eine offene Diskussionsveranstaltung für alle interessierten Bewohner*innen als auch die Forderungen nach Mitentscheid in datensensiblen Belangen lehnt der Vorstand bislang ab.

Bereits im Februar wurden im Barnerblock in Ottensen in wenigen Tagen rund 130 Unterschriften gesammelt und dem Vorstand übergeben. Mittlerweile sind rund 200 Unterschriften aus anderen Altoba-Wohnanlagen hinzugekommen, die wir heute überreichen werden.

Einige der Unterzeichnenden freuen sich über den „Komfort“ der neuen Rauchmelder, anderen ist es wichtiger, kein potenzielles Datenleck in ihrer Wohnung zu haben. Daher fordern die Bewohner*innen gemeinsam:

- Freie Wahl zwischen konventionellen Rauchmeldern und datenübertragenden Funkrauchmeldern
- Rechtzeitige und umfängliche Informationen der Mieter*innen in Angelegenheiten, die ihr Wohnen betrifft
- Mitsprache der Mieter*innen in Bereichen, die mit Persönlichkeitsrechten und Datenschutz zu tun haben

Ja, viele von uns nutzen Smartphones oder PCs. Hier können wir jedoch selbst bestimmen wie und wann. Über die Computer an der Decke, an der Heizung und im Stromzähler haben wir keine Kontrolle. Da es um den Schutz unserer Privatsphäre, unseres Rückzugs- und Erholungsraums geht, ist hier Entscheidungsfreiheit gefordert.

Gerade eine Genossenschaft als demokratisches Unternehmen sehen wir durch ihre Vorbildfunktion in einer besonderen Verantwortung die gesellschaftlichen Herausforderungen der Digitalisierung kritisch und konstruktiv zu reflektieren.

Viele Gefahren der Technik erkennen wir bekanntlich erst wenn sie bereits unser Leben prägt (siehe Anhang unten).

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Altoba Holger Kowalski und die Journalistin Bärbel Wegener haben im Vorwort ihrer Publikation „Alles eine Frage der Haltung. Kommunikation einer Wohnungsgenossenschaft“ wichtige Erkenntnisse festgehalten: Die „teilweise kritische junge Klientel [...] ist zu nachhaltigen Protesten in der Lage, wenn ihr etwas nicht gefällt, zeigt sich aber auch aufgeschlossen und kreativ und durchaus bereit, sich für ‚ihre‘ Genossenschaft einzusetzen. [...] So unangenehm es am Anfang schien, sich ungewohnter Kritik zu stellen und fordern zu lassen, hat es sich doch als ausgesprochen positiv erwiesen, mit dieser Herausforderung umzugehen.“

Wir empfehlen dem Vorstand die Chance zu nutzen. Es gibt viel Expertise unter den Genossenschaftsmitgliedern. Gemeinsam sind wir schlauer und in der Lage, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Ein gutes Zeichen wäre es, wenn der Vorstand den Einbau der Funkrauchmelder für diese Auseinandersetzung stoppen und die Drohungen gegenüber einzelnen Mieter*innen zurücknehmen würde, den Einbau per Anwaltsbüro und Gerichtsentscheid zu erzwingen.

Für eine offene Diskussion in der Genossenschaft über die Digitalisierung des Wohnraums!

Die Mieter*inneninitiative

Kontakt: rauchmelder@posteo.de

Weitere Infos: <https://annaelbe.net/rauchmelder>

Anhang: Beispiele von Gefahren der Digitalisierung

Daten wecken Begehrlichkeiten: bei Firmen, staatlichen Institutionen, Hacker*innen.

Die Bundesnetzagentur warnte schon 2016, dass das heimliche Einsetzen von Minikameras unter anderem in Rauchwarnmeldern zum Massenphänomen werden könnte. Entsprechende Geräte gibt es für wenige Euro im Internet zu kaufen. Die Batterien halten mehrere Jahre. Inzwischen sind Filme von Opfern dieser Angriffe massenweise im Internet zu finden (Berliner Zeitung 25.04.2016, Der Stern 02.05.2019).

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) informiert zum Lagebericht zur IT-Sicherheit 2018: „Die Gefährdungslage ist weiterhin hoch. Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum hat sie sich weiter verschärft und ist zudem vielschichtiger geworden. Es gibt nach wie vor eine hohe Dynamik der Angreifer bei der Weiterentwicklung von Schadprogrammen und Angriffswegen.“

Auch staatliche Institutionen und Sicherheitsforschung haben ein großes Interesse an Daten. Machine-Learning-Algorithmen errechnen Persönlichkeitsprofile und Verhaltensprognosen, indem sie Verknüpfungen scheinbar bedeutungsloser Daten herstellen. Das Ziel: Abweichungen definierter Normen erkennen, Personen überwachen und gegebenenfalls sanktionieren. Nicht mehr nur eine konkret drohende Gefahr begründet Überwachung, sondern bereits Abweichungen von Verhaltensnormen (vgl. Forschungsprojekt INDECT).